



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 20. Oktober 2016

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Oktober 2016**
HIER Arbeitsnummer 10/66

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Hinweis:

Ein Teil der Antwort ist VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Günter Krings

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko
vom 13. Oktober 2016
(Monat Oktober 2016, Arbeits-Nr. 10/66)

Frage

Nach welcher Maßgabe (etwa mit Beschränkung auf Herkunftsländer oder Personengruppen) werden Daten von Asylsuchenden über das Bundesverwaltungsamt zur Feststellung von aufenthaltsrechtlichen Versagensgründen oder zur Prüfung von sonstigen Sicherheitsbedenken an den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt zum Zweck des "Sicherheitsabgleichs" zukünftig automatisiert übermittelt (Drucksache 18/9765), und mit welchen einzelnen Datenbanken werden die Informationen in der Regel und im Einzelfall von den genannten Behörden bei vollständiger Funktionsfähigkeit einer automatisierten Datenübermittlung schließlich abgeglichen?

Antwort

Angaben darüber, nach welcher Maßgabe Daten von Asylsuchenden über das Bundesverwaltungsamt zur Feststellung von aufenthaltsrechtlichen Versagensgründen oder zur Prüfung von sonstigen Sicherheitsbedenken an den Bundesnachrichtendienst (BND), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), den Militärischen Abschirmdienst (MAD), das Bundeskriminalamt (BKA) und das Zollkriminalamt (ZKA) zum Zweck des "Sicherheitsabgleichs" zukünftig automatisiert übermittelt werden, sind wegen ihrer außen- und sicherheitspolitischen Sensibilität als „VS - Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Diese Informationen dürfen nicht veröffentlicht werden, da deren Kenntnis für Unbefugte Rückschlüsse auf die Voraussetzung, wann ein Sicherheitsabgleich stattfindet und eine Anpassung daran, zulassen. Dies kann sich nachteilig auf Interessen der Bundesrepublik auswirken. Um dem Parlamentarischen Fragerecht zu entsprechen, wird die Antwort insoweit den Fragestellern in einer gesonderten, als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuften Anlage übermittelt.

Daten von Ausländern, die ein Asylgesuch gestellt haben, unerlaubt eingereist sind oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, werden mit den folgenden Datenbanken abgeglichen:

Die vom BKA und BfV abgefragten Informationssysteme sind der gesonderten, als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuften Anlage zu entnehmen. Die Kenntnis der einzelnen Informationssysteme würde Rückschlüsse zur Funktionsweise des BKA und BfV für Unbefugte zulassen und kann sich dadurch nachteilig auf die Interessen der Bundesrepublik auswirken. Diese Informationen dürfen aufgrund ihrer Einstufung nicht in einer Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden.

Beim BND werden im zukünftigen automatisierten Verfahren die übermittelten Daten im Regelfall mit dem Datenbestand der zentralen Personendatei des Bundesnachrichtendienstes abgeglichen. Soweit hier Treffer erzielt werden, können im Einzelfall alle im Bundesnachrichtendienst geführten Dateien manuell zu dieser Person abgefragt werden.

Beim MAD erfolgt ein Abgleich mit einem Auszug (nur definierte Datenfelder) des Datenbestandes der Personenzentraldatei des MAD. Im Ergebnis werden jedoch ausschließlich Datensätze mit aufenthaltsrechtlich relevanten Erkenntnissen betrachtet (gemäß §§ 73 Absatz 1a, Absatz 3a des Aufenthaltsgesetzes i.V.m. §§ 7 Absatz 1, 8 Absatz 1 des Asylgesetzes).

Die vom ZKA abgefragten Informationssysteme sind der gesondert als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuften Anlage zu entnehmen. Diese Informationen dürfen aufgrund ihrer Einstufung nicht in einer Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden. Die Kenntnis der einzelnen Informationssysteme würde Rückschlüsse zur Funktionsweise des ZKA für Unbefugte zulassen und kann sich dadurch nachteilig auf die Interessen der Bundesrepublik auswirken.